

Agrarschizophrenie

Miese Stimmung in der Landwirtschaft

ROLF BRAUCH

Geboren 1959 in Heidelberg,
Agrarökonom und Bildungsreferent,
Kirchlicher Dienst auf dem Lande
der Evangelischen Landeskirche in
Baden, Mosbach.

Die Stimmung in der deutschen Landwirtschaft ist schlecht. Zu den eigenen Problemen, die die Landwirtschaft bedrücken, kommt mit der gesteigerten öffentlichen Aufmerksamkeit in Klima-, Natur- und Tierschutzfragen ein starker Druck von außen hinzu. So fühlen sich

die Landwirte von großen Teilen der Gesellschaft in ihren Sorgen nicht richtig wahr- und ernst genommen, vor allem aber in ihren wirtschaftlichen Zwängen un- und missverstanden. Dass sie sich als Unternehmer wirtschaftlich verhalten müssen, wird in ihren Augen immer weiter verdrängt. Dabei ist fast allen klar, dass Veränderungen in der Tierhaltung und im Pflanzenbau angesichts von Klimawandel und Artenschutz, Nitratbelastung und Resistenzen auf dem Acker und im Stall notwendig sind. Aber man fühlt sich dem Ansturm der

Kritik kaum gewachsen – zumal die Bauernverbände und das gesamte Agribusiness ebenso wie die Fachpresse viel zu spät offensiv und konstruktiv reagiert und einen notwendigen gesellschaftlichen Dialog eingeleitet haben.

Nicht zu Unrecht erscheint den Landwirten manche Kritik als Besserwisserei von außen. Denn der Forderung, dass sich in der Landwirtschaft alles ändern müsse, steht eine Realität des Status quo beim VerbraucherVerhalten gegenüber. Die Landwirte wissen, dass sich die theoretische Bereitschaft der Konsumenten, für klima-, natur- und tierschutzgerechtere Lebensmittel einen entsprechend höheren Preis zahlen zu wollen, nicht in deren alltäglichem Kaufverhalten niederschlägt.

Offenbar besteht eine große Kluft zwischen der Eigen- und Fremdwahrnehmung. Das gilt besonders im Hinblick auf die Erbringung von Umweltleistungen. Viele Landwirte engagieren sich weit mehr, als sie müssten – so etwa im Bereich des Artenschutzes, wenn freiwillig und auf eigene Kosten Blühstreifen anlegt werden.

Nicht nur, dass sich die Landwirte einem in Tempo und Ausmaß fordernden Anpassungsdruck ausgesetzt sehen, der vielen existenzgefährdend erscheint: Auch die Schärfe und die Anfeindungen in der öffentlichen Debatte bleiben nicht ohne Wirkung – offenbar bis hin zu gesundheitlichen Folgen für den Einzelnen. Die Ursachen mögen unterschiedliche sein, jedoch sollte man wenigstens zur Kenntnis nehmen, dass laut Angaben der landwirtschaftlichen Sozialversicherung 2013 bundesweit etwa bei jedem sechsten Landwirt Burnout, Depressionen und andere psychische Erkrankungen zu einer Erwerbsminderung führten – eine deutliche Zunahme im Vergleich zu früher. Burnout war – trotz hoher Arbeitsbelastung – kein Thema in der Landwirtschaft; heute bilden Landwirte eine Hochrisikogruppe. Es gibt ebenfalls Hinweise auf steigende Selbstmordraten; bei Landwirten in Frankreich und England liegt sie über dem jeweiligen Bevölkerungsdurchschnitt.

Um nicht nur bei einer „Stimmungsbeschreibung“ zu bleiben, möchte ich einige wichtige Entwicklungslinien in der Landwirtschaft nachzeichnen. Sie beleuchten die Erfahrungshintergründe, mit der die Landwirte die heutige Debatte verfolgen, und verdeutlichen, wie sehr eine nachhaltige Zukunftsperspektive die ökonomische, ökologische und soziale Dimension verbinden muss.

Ziele der europäischen und deutschen Agrarpolitik sind Versorgungssicherheit, angemessene Einkommen für Landwirte, Umwelt- und Tierschutz und der Beitrag zur Welternährung. So formulierten es das deutsche Landwirtschaftsgesetz (LwG) 1955 und die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957. Historisch war die Gründung der EWG eine Folge aus den Lehren des Zweiten Weltkriegs. Ziel war es, mit eigener Landwirtschaft Hunger zu vermeiden und eine hohe Sicherheit bei der Lebensmittelversorgung zu gewährleisten. Als Instrument dienten die Marktordnungen für Agrarprodukte mit Garantiepreisen und ein ausgefeiltes Interventionssystem. Damit sollten Produktion und Einkommen

der Bauern schnell erhöht werden. Und man kann nur dankbar feststellen: Das ist relativ gut gelungen!

Der Bruch und seine Folgen, die uns bis heute beschäftigen und denen bisher nur unzureichend begegnet wird, bildeten die ersten strukturellen Überschüsse auf den wichtigsten Agrarmärkten Anfang der 1980er-Jahre – man sprach von „Butterbergen“, „Milchseen“ und von mit Rindfleisch überfüllten Kühlhäusern. Schnell wurde offenbar, dass unser Überfluss mit Blick auf Umwelt- und Tierschutz, aber auch durch die subventionierte Agrarexportpolitik der Europäischen Gemeinschaft (EG) für die Länder der sogenannten Dritten Welt schwerwiegende negative Folgen hatte. „Hunger durch Überfluss“ war unter anderem eine Parole, die zu Recht auf diesen Missstand hinwies. Zunehmend wurde auch die Höhe der Steuermittel zur Finanzierung dieses Systems kritisiert.

Die Politik reagierte mit den ersten Agrarumweltprogrammen und dem Versuch, die Märkte zu steuern – so etwa durch die Milchquotenregelung 1984, gefolgt von Flächenstilllegungs- oder Vorruhestandsprogrammen. Die Landwirtschaft wurde zunehmend nicht nur von Umwelt- und Tierschützern, sondern auch von kirchlichen Entwicklungsorganisationen kritisiert. Die Landwirte sahen sich als Opfer des eigenen Fleißes, da sie doch nur die politischen Erwartungen ökonomisch effizient umsetzten. Je mehr sie produzierten, um damit das Einkommen zu sichern, umso heftiger machten sie sich anderswo unbeliebt! In diesem Kontext entstand der Begriff der „Tremühlentheorie“. Um der „Tremühle“ zu entfliehen, suchten manche ihr „ökonomisches Heil“ in Nischenmärkten und in der Erwerbs- oder Einkommenskombination wie der Direktvermarktung ihrer Erzeugnisse oder dem Angebot von „Urlaub auf dem Bauernhof“. Das Grundproblem blieb jedoch bestehen: Der Überschuss kostete öffentliche Mittel, führte zu sinkenden Preisen, gefährdete die Umwelt und provozierte Probleme bei der Lebensmittelversorgung in den Ländern der Dritten Welt.

ENT-SICHERUNG DER LANDWIRTSCHAFT

Die Agrarmisere sollte mit den Luxemburger Beschlüssen 2003 gelöst werden, die einen Ausstieg aus den Marktordnungen mit Garantiepreisen in Verbindung mit einer Flächenprämie bei Einhaltung gewisser Standards vorsahen. Die Folgen waren ein deutlicher Preisverfall und die Orientierung der Agrarpreise an den Weltmärkten, verbunden mit einer garantierten Transferzahlung je Hektar.

Diese Ent-Sicherung der Landwirtschaft bildete den Ausgangspunkt für eine grundlegende Verunsicherung der Landwirte. Denn ein Landwirt, der versucht, sein Einkommen über das Wachstum des Betriebs zu sichern, und der sich im Rahmen bestehender Gesetze bewegt, zum Beispiel beim

Pflanzenschutz oder bei der Tierhaltung, wird von vielen heftig kritisiert. Natürlich müssen sich auch Landwirte entgegenhalten lassen, dass es eine Frage von Verantwortung und Unternehmerethik ist, sich dann dem technischen Fortschritt zu verweigern, wenn ersichtlich ist, dass dieser auf Dauer der Umwelt oder dem Tier schadet.

Selbst wenn das Image des Landwirts laut Umfragen von Emnid oder der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) weiterhin gut bis sehr gut ist und Landwirte beim Emnid-Ranking der Berufe im Spitzensfeld mit „Arzt“ und „Lehrer“ liegen, finden zunehmend aggressive Anfeindungen, und zwar nicht allein in den Medien, statt. Es gibt Stalleinbrüche sowie erste, auch handgreifliche Konflikte, etwa zwischen Gülle ausbringenden Landwirten und Spaziergängern. Es schmerzt die Landwirte tief in der Seele, wenn sie in der veröffentlichten Meinung seit Jahrzehnten laut Umfragen immer ganz vorn stehen, im Dorf jedoch „der Depp“ sind! Diese Agrarschizophrenie ist eine große Belastung für den Berufsstand der Landwirte.

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Landwirte wurden beginnend mit den 1970er-Jahren mit ihren Betrieben aus den Dörfern heraus neu angesiedelt, damit sie sich optimal entwickeln konnten. Diese Neuansiedlungen – so sinnvoll sie aus praktischen Gesichtspunkten auch gewesen sind – haben die Landwirtschaft aber aus den Herzen, Hirnen und Geldbeuteln der Menschen „ausgesiedelt“. Landwirtschaft wurde nicht mehr unmittelbar erlebt, es gab keine täglichen Begegnungen mehr. Aus dem Auge, aus dem Sinn! Umso wichtiger wäre eine ortsbündige Öffentlichkeitsarbeit, die die Landwirte aufgrund ihrer Arbeitsbelastung jedoch an Dritte, etwa an den Bauernverband, delegiert haben. Auch dies hat den Prozess des Nichtverstandenwerdens verschärft.

Eine Reihe weiterer Faktoren verstärkt das generelle Gefühl des Unverständenseins: so etwa die seit Jahren prekäre Einkommenslage durch schlechte Ernten und niedrige Preise. Eine überdurchschnittliche, ganzjährige Arbeitsbelastung von bis zu sechzig Stunden pro Woche, besonders in den Tierhaltungsbetrieben, führte zu einem beschleunigten Strukturwandel.

Ein im Vergleich zu anderen Branchen hoher Kapitalbesatz pro Arbeitsplatz ohne entsprechende Rendite, eine in vielen Betrieben ungeregelte Hofnachfolge, eine unsichere Zukunft mit Blick auf die Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik, stark schwankende Preise, zum Beispiel am Milchmarkt (der Milchpreis schwankte in den letzten zwölf Jahren zwischen 23 und 42 Cent pro Kilogramm Milch) und damit einhergehende Planungsunsicherheit, innerfamiliäre Generationenkonflikte und ein enorm gestiegener Dokumentationsaufwand durch eine ausufernde Bürokratie tragen ebenfalls erheblich zur Verschlechterung der Stimmung bei.

Was wäre aus meiner Sicht zu tun? Auf jeden Fall sollten wir aus dem Scheitern der tiefen Eingriffe in den Markt gelernt haben, dass der Staat auf Dauer nicht gegen den Markt arbeiten kann, etwa durch eine schnelle Ausdehnung des Öko-Landbaus, durch die die Preise kollabieren, die jedoch die Wirtschaftlichkeit gerade der Betriebe gefährdet, die schon lange Öko-Bauern sind.

Die Landwirte wissen sehr wohl, dass sie sich auch bewegen müssen – und dies auch unter ökonomischen Schmerzen. Das darf jedoch nicht zu einer Existenzgefährdung führen, denn obwohl manche Umweltprobleme von der Landwirtschaft ausgehen, ist Landwirtschaft ein großer Teil der Lösung. Wir brauchen daher völlig zu Recht eine Ökologisierung der Landwirtschaft, jedoch im Sinne einer ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit! Es geht um eine Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Früher war ein 200-Hektar-Ackerbaubetrieb im fruchtbaren Kraichgau ein stolzer Betrieb – quasi Landadel –, heute ist er gemessen an seinem Einkommen ein Nebenerwerbsbetrieb. Diese Entwicklung innerhalb weniger Jahre schürt Zukunftsängste.

EIN NEUER „GESELLSCHAFTSVERTRAG“

Nur gemeinsam mit den Landwirten kann den Zukunftsherausforderungen begegnet werden. Es wird daher nicht ohne einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ für die Landwirtschaft gehen. Es muss ein beiderseitiger Vertrag sein, in dem Landwirtschaft und Gesellschaft die Lasten gemeinsam verpflichtend und nachhaltig tragen. Der Kirche kann dabei als Moderator zwischen den verschiedenen Interessengruppen eine große Bedeutung zukommen. Und der Staat muss seine Handlungsfähigkeit in diesem Politikbereich zurückgewinnen – sonst ist Politik das, was die Wirtschaft ihr übrig lässt. Bei den Tierwohl-Labels machen die großen Lebensmitteldiscounter längst, was sie wollen. Ankündigungen, wie die Verbote des Kükenschredderns oder der Ferkelkastration, werden nicht in die Praxis umgesetzt. Auch wissen wir seit Jahren, dass es in bestimmtenviehstarken Regionen ein enormes Nitratproblem gibt. Zur Lösung all dieser Problematiken brauchen wir schnell umsetzbare Maßnahmen, ohne jedoch den gesamten wirtschaftlichen Druck den Bauern aufzubürden. Der wissenschaftliche Beirat beim Landwirtschaftsministerium schätzt, dass allein der Umbau der Tierhaltung pro Jahr etwa fünf Milliarden Euro kostet.

Es muss also ein „Rück durch Deutschland gehen“, wenn sich künftig etwas ändern soll. Das geht nur, wenn wir uns nicht unseren persönlichen Stimmungen ergeben. Wem es mies geht, ist kein guter Partner auf Augenhöhe, um die Zukunft gemeinsam zu gestalten. Wir sollten jetzt gemeinsam handeln, offen und sachlich miteinander reden und innerhalb der Werteschöpfungskette die Kosten fair verteilen.